

Birgit Sippel

für Südwestfalen & NRW im Europäischen Parlament



birgitsippel.de

NEWSLETTER

Themen der Plenarwoche Montag, 21. – Donnerstag, 24.11.2022

Asylreform und Seenotrettung – europäische Vereinbarungen treffen

Hauptdebatte mit Rat und Kommission am 23.11.2022, 9 Uhr

Der aktuelle Fall des Schiffs "Ocean Viking" mit hunderten von Menschen an Bord hat erneut die Notwendigkeit einer europäischen Zusammenarbeit bei der Seenotrettung unterstrichen. Nach nur wenigen Wochen im Amt hat die neue rechtsextreme Regierung in Italien bereits verhindert, dass Rettungsboote mit Asylsuchenden in die italienischen Häfen einlaufen. Infolgedessen wurden Hunderte von schutzbedürftigen Menschen in Not nach Frankreich umgelenkt. Wir Sozialdemokrat*innen fordern schon lange eine eigene EU-Mission für in Seenot geratene Menschen und eine faire Verteilung. Im Mai dieses Jahres hatten sich einige EU-Mitgliedstaaten auf eine freiwillige Solidaritätserklärung mit einem Verteilungsmechanismus in Fällen von Seenotrettung geeinigt. Es ist Bewegung in die Verhandlungen der Mitgliedstaaten gekommen, aber die jetzigen Entwicklungen entlarven sehr deutlich die fundamentalen Schwachstellen dieser rechtlich nicht-bindenden Erklärung. Im Europäischen Parlament konzentrieren wir Sozialdemokrat*innen uns jetzt darauf, neue Gesetze zu verabschieden, die sicherstellen, dass die Migrations- und Asylpolitik nicht nur in der Verantwortung einiger weniger Länder liegt.

Verkehr, Trinkwasser, Internet - Risiken für kritische Infrastruktur eindämmen

Richtlinie; Debatte am 22.11.2022, 9 Uhr; Abstimmung ab 12.30 Uhr.

Die EU-Staaten sollen sich besser abstimmen können, wenn Infrastruktur beschädigt oder zerstört wird. Abgedeckt werden sollen neben Transport und Energie nun auch Verkehr, Banken, Finanzmarktinfrastrukturen, Gesundheit, Trinkwasser, Abwasser, digitale Infrastrukturen, öffentliche Verwaltung, Raumfahrt und Lebensmittel. Mit der Richtlinie über die Widerstandsfähigkeit kritischer Unternehmen wird die alte Richtlinie von 2008 ersetzt. Es soll künftig durch

breiteren Anwendungsbereich geben, der es den Mitgliedstaaten und kritischen Einrichtungen ermöglichen wird, besser auf gegenseitige Abhängigkeiten und mögliche Kaskadeneffekte bei einem Zwischenfall einzugehen. Neben nationalen Strategien und regelmäßigen Risikobewertungen müssen die EU-Staaten technische und organisatorische Maßnahmen ergreifen, um Widerstandsfähigkeit von Infrastruktur zu verbessern und Vorfälle zu melden. Die Mitgliedstaaten müssen sicherstellen, dass nationale Behörden über die Befugnisse und Mittel verfügen, um Vor-Ort-Inspektionen bei kritischen Einrichtungen durchzuführen. Nach der Veröffentlichung im Amtsblatt müssen die Mitgliedstaaten die neuen Regeln innerhalb von 21 Monaten in nationales Recht umsetzen.

Antidemokraten Orbán zur Verantwortung ziehen

Resolution; Stellungnahme von EU-Kommission und Rat zum Stand des Rechtsstaatsmechanismus gegen Viktor Orbáns Regierung in Ungarn am 21.11.2022, 17 Uhr;

Abstimmung über eine Resolution am 24.11.2022, 12 bis 14 Uhr.

Seit Viktor Orbán vor über 12 Jahren an die Macht gekommen ist, konnten er und seine Kumpanen Unsummen an EU-Geldern stehlen. Durch den Druck des Europäischen Parlaments hat sich die Kommission nach langem Ringen endlich dazu entschlossen, dem Rat vorzuschlagen, die EU-Mittel für Budapest deutlich zu kürzen. Kommission und Rat müssen jetzt zeigen, dass sie es ernst meinen mit dem Schutz der Rechtsstaatlichkeit. Zu oft hat die Kommission jedes Reförmchen als Feigenblatt genommen, um das eigene Einknicken vor dem Regime Orbán zu kaschieren. Das hat nur zu immer schlimmeren Entwicklungen geführt. Dieses Mal muss das Signal der EU klar und deutlich sein - Schluss mit Korruption und Abbau von Rechtsstaatlichkeit. Wir erwarten, dass Ursula von der Leyen am Mittwoch, 30. November im Kollegium der Kommissar*innen an dem Vorschlag für eine Mittelkürzung festhält. Hier darf es keine faulen Kompromisse geben.

70 Jahre EU-Parlament - Jubiläum der europäischen Demokratie

Zeremonie am 22.11.2022 um 12 Uhr im Plenarsaal

Die „Gemeinsame Versammlung“ der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl kam vor 70 Jahren - am 10. September 1952 –erstmalig in Straßburg zusammen (EKG). Diese Sitzung gilt als Startpunkt des heutigen Europäischen Parlaments. Die heute einzige, direkt gewählte supranationale Bürgerkammer weltweit hat sich in den vergangenen Jahrzehnten stets weiterentwickelt. Ihr Gewinn an demokratischer Entscheidungsmacht und Mitspracherecht spiegelt die voranschreitende europäische Integration wider. Die seit den Römischen Verträgen formulierte Ambition „an ever closer union“ geht nur mit einer weiteren Stärkung des Parlaments auf. Denn rechtsnationale Regierungen versuchen, an den Grundmauern der europäischen Demokratie zu rütteln. Reformen wie ein echtes Initiativrecht und eine weitere Änderung der Europawahlen gehören zu den Forderungen, die Sozialdemokrat*innen zum 70-jährigen Jubiläum unterstreichen, darunter länderübergreifende und paritätisch besetzte Wahllisten sowie ein europaweit einheitlicher Wahltag. An der Zeremonie sollen neben den Präsident*innen der drei EU-Institutionen auch ehemalige Präsidenten des Parlaments teilnehmen. Erwartet werden Wortbeiträge der Premiers aus Frankreich, Belgien und Luxemburg sowie der Fraktionschef*innen.

Mehr Frauen an die Spitze

Richtlinie; Debatte am 22.11.2022; Abstimmung am 22.11.2022, ab 12 Uhr

Frauen in der Europäischen Union wird bald per europäischer Richtlinie der ihnen zustehende Platz in den Aufsichtsräten eingeräumt. Das Europäische Parlament wird final über die Richtlinie abstimmen, sofern es noch Änderungsanträge gibt. Andernfalls gilt die Zustimmung am Donnerstag, 17.11.2022. Die Regelung gibt 40 Prozent Frauen-Anteil für die Aufsichtsräte europäischer börsennotierter Unternehmen vor. Deutschland hatte im Februar beschlossen, der Richtlinie zuzustimmen, die unter französischer Ratspräsidentschaft überarbeitet worden war. Damit beendete die sozialdemokratisch geführte Bundesregierung endlich eine mehr als zehnjährige Blockade. In Deutschland tat sich jahrelang bei freiwilligen Selbstverpflichtungen der Unternehmen wenig bis nichts. Erst die Einführung der Frauenquote in Höhe von 30 Prozent für die Aufsichtsräte von börsennotierten und paritätisch mitbestimmten Unternehmen im 'Ersten Führungspositionengesetz' 2015 brachte den Wandel. Aktuell liegt der Frauenanteil in den Kontrollgremien der 40 Dax-Konzern bei rund 35 Prozent. Eine ähnliche Entwicklung zeichnet sich bei der erst im vergangenen Jahr eingeführten Frauenquote für Vorstände ab. Seitdem wurden so viele weibliche Dax-Vorstände berufen wie nie zuvor.

Energiecharta - Modernisierung des Vertrags greift zu kurz

Initiativbericht; Debatte am 21.11.2022, ab 17 Uhr.

Der Vertrag über die Energiecharta ist ein Hindernis für Klimamaßnahmen und untergräbt die europäischen Bemühungen um einen Ausstieg aus fossilen Brennstoffen. Deshalb haben wir Sozialdemokrat*innen eine Überarbeitung des Vertrags gefordert. Obwohl der modernisierte Text einige Verbesserungen bringt, bleibt er hinter unseren Forderungen zurück. Er ist immer noch nicht mit den Zielen des Pariser Abkommens vereinbar. So ist beispielsweise die Frist für den Ausstieg aus dem Schutz fossiler Brennstoffe immer noch zu lang, wenn wir die globale Erwärmung auf 1,5°C begrenzen wollen. Darüber hinaus bleibt der Kern des alten Investitionsschutzmodells unverändert, mit dem private Investoren immer noch die Möglichkeit hätten, Regierungen für ihre Klimavorgaben zu verklagen. Steuergelder würden damit weiterhin genutzt, um etwaige Verluste der fossilen Industrie zu kompensieren. Ein koordinierter Austritt der EU-Mitgliedstaaten aus der Charta wäre der sinnvollste Weg.

Mehr nachhaltige Energie - Zwischenbilanz zum Wiederaufbaufonds

Initiativbericht; Debatte am 21.11.2022 ab 17 Uhr.

Europa-Abgeordnete haben vergangene Woche den Weg dafür freigemacht, damit aus den Wiederaufbau-Milliarden künftig auch Projekte für nachhaltige Energieversorgung finanziert werden können. Der EU-Wiederaufbaufonds ist eine historische Kehrtwende der Europäischen Wirtschaftspolitik. Das Konjunkturprogramm für Europa bietet eine einzigartige Gelegenheit, eine konstruktive Wirtschaftspolitik zu etablieren. Der Haushaltsausschuss zieht Bilanz über die ersten Monate des Anleiheprogramms, mit dem die EU-Kommission zu einem wichtigen Finanzmarktakteur geworden ist.

Strategie für neue EU-Eigenmittel

Resolution; Debatte am 22.11.2022, 13.30 Uhr, Abstimmung am 22.11.2022, 12.30 Uhr.

Neue, sogenannte Eigenmittel der EU, wie eine Digitalsteuer, sollen bei der Re-Finanzierung des milliardenschweren Wiederaufbaufonds helfen. Vor rund einem Jahr hat die EU-Kommission Vorschläge präsentiert; jetzt positioniert sich das Parlament. Bisher finanziert sich die EU vor allem durch Beiträge aus den Mitgliedstaaten. Mehr eigenständige Einnahmequellen sind eine langjährige Forderung der Sozialdemokrat*innen, die in dieser Resolution unterstrichen wird.

Milliardenstreit um den EU-Haushalt

Haushaltsverfahren; Abstimmung über den EU-Haushalt 2023 am 23.11.2022, 12 Uhr.

Es geht um die Frage, wieviel Geld 2023 verplant werden kann. Dazu haben sich Parlament und Mitgliedstaaten am späten Montagabend geeinigt. Das EU-Parlament könnte mit der Budget-Entscheidung in Straßburg unter anderem auch neue Ukraine-Hilfen auf den Weg bringen. Ein wiederkehrender Konflikt im Zusammenhang mit dem Jahreshaushalt bleibt bestehen: Bei stets wachsenden Aufgaben steht den EU-Institutionen in vielen Bereichen nicht die Mittel zur Verfügung, die es für die Erarbeitung, Verhandlung und Durchsetzung neuer Politik-Prioritäten braucht.

Zukunft der Entwicklungszusammenarbeit - enger mit lokalen Partnern kooperieren

Initiativbericht, Debatte am 23. November, 13 Uhr, Abstimmung am 24. November, 12 Uhr.

Covid-19 Pandemie, russischer Angriffskrieg auf die Ukraine, globaler Klimawandel und Hungersnot: Die Zahl der Herausforderungen steigt und die langfristigen Krisen mehren sich. Der Bedarf an Entwicklungsfinanzierung und humanitärer Hilfe wächst und mit ihr seit Jahren die Finanzierungslücke. Die EU und ihre Mitgliedstaaten sind gemeinsam der größte Geber von Entwicklungshilfe weltweit. Allerdings muss die EU ihre Finanzarchitektur verbessern: Mittel müssen erhöht und deren Einsatz flexibler gestaltet werden können. Der Entwicklungsausschuss fordert außerdem, die Instrumente zielgenauer auszurichten und dabei den Privatsektor angemessen einzubeziehen. Im Bericht wurde besonders darauf geachtet, dass dies in Einklang mit den Zielen der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung und in effektiver Koordination mit dem Europäischen Parlament geschieht. Außerdem haben wir Sozialdemokrat*innen uns dafür eingesetzt, dass die European Investment Bank und deren neue Entität EIB Global enger mit der Afrikanischen Entwicklungsbank zusammenarbeitet und Eigenverantwortung und Identifikation mit den Projekten vor Ort sicherstellt. Nur so können Investitionen zu nachhaltigem und fairem Wandel und grundsätzlich zur Bekämpfung wachsender Ungleichheiten beitragen. Eine Mehrheit für den Bericht erhöht den Druck auf die Kommission, entsprechende Änderungen vorzulegen.

EU-China-Beziehungen - Abhängigkeiten abbauen

Stellungnahme des Außenbeauftragten Josep Borrell am 22.11.2022, 15 bis 22 Uhr.

Die Beziehungen zwischen der EU und China bleiben angespannt. Die Reise des Bundeskanzlers hat unterstrichen, wie wichtig es ist, im Gespräch zu bleiben, denn besonders im globalen Kampf gegen den Klimawandel braucht es Chinas Engagement. Aber die Europäische Union und ihre Mitgliedstaaten müssen gemeinsam an ihrer strategischen Autonomie arbeiten und Abhängigkeiten abbauen, besonders in Bezug auf Technologien. Das europäische Chip-Gesetz muss schnell auf den Weg gebracht und umgesetzt werden. Wir brauchen darüber hinaus ein starkes europäisches Lieferkettengesetz, um Menschenrechtsverletzungen und Umweltschädigungen in den Lieferketten einzudämmen.

Kontakt: Europabüro Birgit Sippel MdEP
59494 Soest; Ulricherstraße 27

Mail: europa@birgit-sippel.de
Tel.: 02921/5991750